

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
AG Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Schutz von Kindern und Jugendlichen nicht verhandelbar

Die vom Bundeskriminalamt veröffentlichten Zahlen zu sexuellem Missbrauch Minderjähriger im Jahr 2024 zeigen, dass wir den Schutz vor sexueller Gewalt und Missbrauch weiter ausbauen müssen.

Jasmina Hostert, Kinderpolitische Sprecherin:

„Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist nicht verhandelbar und auch nicht aufschiebbar. Es ist unsere politische Pflicht, hinzusehen, zu handeln und zu schützen. Die Zahlen zeigen in aller Deutlichkeit: Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ist traurige Realität – jeden Tag, überall, auch mitten unter uns.“

Besonders alarmierend ist die Zunahme bei jugendpornografischen Inhalten und die hohe Zahl minderjähriger Tatverdächtiger. Das zeigt: Wir müssen weiterhin intensiv einwirken und früher ansetzen, mit Aufklärung, Prävention und digitaler Bildung. Gerade im Netz, wo Täter Kinder gezielt ansprechen, manipulieren und ausnutzen. Wir müssen das bestehende europäische Recht konsequent durchsetzen, Verstöße wirksam sanktionieren und auch die Plattformen stärker in die Pflicht nehmen.

Ich bin froh, dass wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, dass wir bald die sogenannte IP-Adressenspeicherung gesetzlich verankern wollen. Das hilft Ermittlerinnen und Ermittlern enorm und kann in vielen Fällen sogar noch andauernde sexualisierte Gewalt beenden.

Kinder haben ein Recht auf gesundes Aufwachsen. Kinder brauchen Schutz, der wirkt, der spürbar ist und jedes Kind erreicht. Als SPD-Fraktion setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, dass dieser Schutz gelebt wird.“

Dagmar Schmidt, stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

„Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung ist unsere politische Pflicht und eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Deshalb müssen wir jetzt auf allen Ebenen noch aktiver werden.“

Ein wichtiger Schritt ist die Begleitung der Umsetzung des seit Juli in Kraft getretenen Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Damit stärken wir das Amt der unabhängigen Bundesbeauftragten gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen und verbessern die Sensibilisierung, Aufklärung sowie Qualifizierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Diese Begleitung in Zusammenarbeit mit Ländern, Trägern und Einrichtungen haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart.“

Impressum

Nr. 82.2025 / 22. August 2025

Herausgeber: Dirk Wiese, MdB
Redaktion: Dominik Dicken

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.